

Motion

Proposer:

**Title: Freihandel und Protektionismus: Globale
Ausbeutung in Zeiten von Faschismus und
Wirtschaftskrisen**

Motion text

1 **Freihandel und Protektionismus: Globale**
2 **Ausbeutung in Zeiten von Faschismus und**
3 **Wirtschaftskrisen**

4 Die Welt gerät spürbar in Unordnung, obwohl sie nie in Ordnung war. Trump
5 terrorisiert die Welt mit seiner Zollpolitik, die einen grossen Einschnitt in
6 das breite Verständnis von internationalem Handel bedeutet. Wir befinden uns am
7 Ende der zweiten, neoliberalen Globalisierungswelle, die seit den 1980er-Jahren
8 über die ganze Erdkugel gerollt ist. Im Moment scheint es einen immer grösser
9 werdenden Spagat zwischen den Vertreter*innen der neoliberalen Globalisierung
10 und den Befürworter*innen von einem staatenbezogenen, nationalistischen
11 Neoliberalismus zu geben. Beide wirtschaftlichen Strategien sind schädlich für
12 die Arbeiter*innenklasse, denn schlussendlich profitiert das Kapital.
13 Die Antwort auf diese internationale Destabilisierung kann aber keine Flucht in
14 die Vergangenheit bedeuten. Es wäre falsch, sich den hemmungslosen Freihandel
15 der letzten Jahrzehnte vor Trump zurückzusehnen. Genau das tut Europa aber
16 gerade. EU und EFTA-Staaten, also auch die Schweiz, wollen fleissig neue
17 Freihandelsabkommen abschliessen oder haben das in der jüngsten Vergangenheit
18 bereits getan, beispielsweise mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten, mit
19 Indonesien, China und Indien. Auch unter linken Parteien und Gewerkschaften
20 scheint der wirtschaftsliberale Freihandel gerade an Unterstützung zu gewinnen.
21 Diese Haltung kann aber nicht unsere ernsthafte Strategie gegen Trumps Zollkrieg
22 sein, denn viele aktuelle Probleme wurzeln eben genau in diesem unkontrollierten

liberalen Freihandel der letzten Jahrzehnte. Auf der anderen Seite ist kein globaler Handel auch nicht sinnvoll. Klar ist, dass sich die vorherrschende Wirtschaftsform global grundlegend ändern muss. Dieses Papier versucht, die aktuellen Entwicklungen und Diskussionen rund um den liberalen Freihandel und den globalen Neoliberalismus einzuordnen, sowie entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Freihandel und Protektionismus

Freihandel bedeutet vereinfacht gesagt, dass Waren und Dienstleistungen zwischen Ländern möglichst ohne Zölle und Handelsbeschränkungen vertrieben werden können.

Die "Notwendigkeit" des Freihandels wird wirtschaftsliberal so erklärt, dass alle Länder davon profitieren würden, wenn sie sich darauf fokussieren, was sie besonders gut und günstig produzieren und dann exportieren könnten.

Die Wahrheit sieht aber anders aus. Konzerne können ihre Produktion ohne grosse Hindernisse in Länder verlagern, wo Löhne und weitere Produktionskosten tief sind. So wurde der sogenannte Globale Norden in den letzten Jahrzehnten deindustrialisiert: Multinationale Konzerne haben ihre Produktionsstätten in den sogenannten Globalen Süden oder in europäische Peripherieländer verlagert. Kurz gesagt: Der liberale Freihandel bedeutet grundsätzlich Freiheit für das Kapital. Gleichzeitig wütet ein internationaler Steuerwettbewerb. Mit möglichst tiefen Steuern werden Unternehmen und Superreiche von Ländern wie der Schweiz, Singapur, Panama oder Städten wie Hongkong und Dubai angezogen. Dieses "race to the bottom" sorgt in vielen Ländern für massive Steuerausfälle, weil die Reichsten mit der Verschiebung ihres Kapitals jegliche gerechte Rückverteilung verhindern können.[\[1\]](#)

Die Theorie hinter dem Freihandel stammt vor allem von den wirtschaftsliberalen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo. Sie wurde als Kritik am Merkantilismus, der damals vorherrschenden Wirtschaftspolitik in Europa zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert, formuliert. Der Merkantilismus war lange Zeit die massgebende politische Handelstheorie. Die Grundidee war, als Land möglichst viel zu exportieren und möglichst wenig zu importieren. Das wiederum sollte dazu führen, möglichst viel Reichtum im eigenen Land zu konzentrieren.

Während der Industrialisierung herrschte in den europäischen Ländern strenger Protektionismus vor. Das Ziel dieser Handelspolitik ist der Schutz der inländischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz. Als wichtigstes Mittel dafür gelten tarifäre (Zölle) oder nicht-tarifäre (Importhöchstquoten, einzuhaltende Mindeststandards, usw.) Handelshemmnisse. Der Protektionismus wurde gebraucht, um im Wettrennen des technologischen Fortschritts mithalten zu können. Länder wie Deutschland, Frankreich und die USA setzten auf hohe Zölle, um die Menge an britischen Importprodukten tief zu halten, und auf

62 Industriespionage, um die eigene Produktion zu verbessern. Diese Strategie hielt
63 sich relativ lange: In den USA betrug die Zölle bis in die 1950er-Jahren
64 zwischen 35 - 50 %. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Zölle stetig gesenkt,
65 das passierte aber erst, nachdem die USA zur grössten weltweiten
66 Wirtschaftsmacht aufgestiegen war. [\[2\]](#) Zum Vergleich: In den 2000er-Jahren lagen
67 die US-Importzölle bei ca. 2 %.

68 Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte Grossbritannien als erstes Land
69 konsequent auf Freihandel und niedrige Zölle – allerdings auch erst zu einem
70 Zeitpunkt, als seine wirtschaftliche Vormachtstellung bereits gefestigt war.
71 Anders als häufig behauptet, verdankten die kolonialen Mächte im sogenannten
72 Globalen Norden ihren wirtschaftlichen Aufstieg nicht in erster Linie dem
73 Freihandel, sondern protektionistischen Massnahmen, mit denen sie ihre
74 Industrien gezielt aufbauten und schützten. Freihandel erwies sich historisch
75 meist erst dann als vorteilhaft, wenn Länder bereits über eine starke und
76 international konkurrenzfähige Wirtschaft verfügten.

77 In der Praxis lassen sich Freihandel und Protektionismus jedoch kaum klar
78 voneinander trennen. Vielmehr lag der Schwerpunkt im Laufe der Geschichte
79 abwechselnd bei Freihandel und Protektionismus.

80 Zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 und der Zeit nach dem Zweiten
81 Weltkrieg dominierten in vielen Ländern Europas erneut protektionistische
82 Massnahmen. Krieg, Wirtschaftskrisen und politische Instabilität schwächten
83 zahlreiche Volkswirtschaften und führten dazu, dass Staaten ihre Märkte stärker
84 abschirmten – mit Grossbritannien als eine der wenigen Ausnahmen.
85 Das historische Wechselspiel zwischen Freihandel und Protektionismus folgte
86 dabei selten rein ideologischen Überzeugungen. Ausschlaggebend war meist die
87 Frage, welche Strategie es Staaten erlaubte, unter den jeweiligen
88 wirtschaftlichen Bedingungen den grössten Wohlstand und die grösste
89 wirtschaftliche Macht zu sichern.

90 **Der Aufstieg vom Neoliberalismus**

91 Nach dem Zweiten Weltkrieg stiegen die USA zur führenden Wirtschaftsmacht auf
92 und spielten eine zentrale Rolle beim Aufbau einer neuen internationalen
93 Wirtschaftsordnung. Auch die neu gegründete UNO betonte die Bedeutung
94 internationaler Kooperation als Grundlage für Frieden und Wohlstand. Unter dem
95 Motiv „Nie wieder Krieg“ wurden zahlreiche wissenschaftliche, institutionelle
96 und wirtschaftliche Kooperationsformen geschaffen. Schon 1944 wurden der
97 Internationale Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau
98 und Entwicklung (Weltbank) gegründet. Auf Initiative der Vereinigten Staaten
99 entstand 1947 das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), ein
100 internationales Handelsabkommen zur schrittweisen Liberalisierung des

101 Welthandels. Das Abkommen sah unter anderem den Abbau von Zöllen,
102 Einschränkungen von Importquoten sowie die Pflicht, Handelsvorteile gegenüber
103 einem Land auf alle unterzeichnenden Länder auszuweiten. Einen der Hauptpunkte
104 stellte die neue Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Produkten
105 und Unternehmen im Handel dar.

106 Ab den 1980er-Jahren begann der Siegeszug des Neoliberalismus, wovon die Logik
107 des liberalen globalen Freihandels ein elementarer Bestandteil ist. Der
108 Freihandel wurde international richtungsweisend und die Ära der
109 Freihandelsabkommen brach an. Freihandel wird aber auch hier keinesfalls überall
110 durchgesetzt, sondern nur da eingesetzt, wo das Kapital davon profitieren kann.
111 Den westlichen Ländern geht es entgegen der eigenen Behauptungen also nicht
112 darum, Wohlstand für alle zu schaffen, sondern die eigene Vormachtstellung
113 abzusichern und auszubauen. Aus dem GATT und verschiedenen weiteren
114 Verhandlungsrunden entstand 1994 die World Trade Organisation (WTO). Alle WTO-
115 Mitglieder verpflichten sich seither, die gleichen Reduktionen auf Zölle
116 bestimmter Produkte für alle zu bieten. Aus diesem Vertrag entstand also der
117 entfesselte Freihandel, wie wir ihn heute kennen.

118 Die Ära der Freihandelsabkommen

119 Neben den WTO-Verträgen gehören bilaterale und multilaterale Freihandelsabkommen
120 (FHA) zu den wichtigsten Instrumenten des Freihandels. Es handelt sich dabei um
121 völkerrechtliche Verträge zwischen einem oder mehreren Staaten mit dem Ziel,
122 Handelshemmnisse abzubauen. Die Schweiz schliesst ihre Freihandelsabkommen meist
123 im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ab, die sie in den
124 1960er-Jahren mitgegründet hat. Bei den restlichen EFTA-Mitgliedern handelt es
125 sich um Island, Norwegen und Liechtenstein. Neben dem EFTA-Abkommen und dem
126 Freihandelsabkommen mit der EU, hat die Schweiz aktuell 35 Freihandelsabkommen
127 mit verschiedenen Ländern.[\[3\]](#) Die Schweiz predigt liberale Freihandelspolitik,
128 will dabei aber primär die eigenen Interessen schützen. Gerade wenn es um
129 Freihandelsabkommen mit Ländern aus dem sogenannten Globalen Süden geht,
130 profitieren meist die reichen Industrieländer. Dank der bestehenden Abkommen
131 haben Schweizer Unternehmen allein für das Jahr 2023 über 2,2 Milliarden Franken
132 an potenziellen Zöllen eingespart.[\[4\]](#) Solche „Einsparungen“ fehlen bei der
133 anderen Nation im Staatshaushalt für Ausgaben für die Allgemeinheit. Diese Summe
134 schlägt sich selten in tieferen Preisen nieder und fliesst vor allem an grosse
135 Unternehmen. Die breite Bevölkerung muss machtlos zusehen, wie sich die
136 Unternehmensaktionär*innen dank Freihandelsabkommen ihre Taschen füllen.
137 Tatsächlich wird die Bevölkerung selten in Entscheidungen über diese Art von
138 Abkommen einbezogen. Das war bereits der Fall, als Napoleon III. 1860 heimlich
139 mit dem Vereinigten Königreich verhandelte, und ist auch heute noch bittere
140 Realität. So wird das originale Dokument des TISA (Trade in Services Agreement)
141 geheim in einem Tresor im Europäischen Parlament aufbewahrt und durch

142 Urheberrechte geschützt. Ein Teil des Textes wurde erst 2014 durch Wikileaks
143 veröffentlicht. Und das aus gutem Grund: Die meisten dieser Abkommen werden von
144 grossen internationalen neoliberalen Institutionen (wie beispielsweise IWF, WB
145 oder G7) verhandelt, welche die Interessen der Kapitalist*innen vertreten und
146 das klare Ziel verfolgen, im Welthandel maximale Gewinne zu erzielen.
147 Diese Art von Freihandelspolitik zieht weltweit schwere Folgen nach sich. Die
148 Abwesenheit von sozialpolitischen Normen für importierte Produkte führt dazu,
149 dass multinationale Konzerne in Ländern produzieren, die Menschenrechte nicht
150 garantieren und in denen miserable Arbeitsbedingungen herrschen. Diese
151 multinationalen Konzerne steigern ihre Profite ohne jeglichen Respekt für die
152 Arbeiter*innen, um schlussendlich deren Güter in den Ländern des sogenannten
153 Globalen Nordens abzusetzen. Multinationale Konzerne haben sogar das Recht,
154 Staaten wegen Handelshemmnissen anzuklagen. Diese Angriffe nehmen massiv zu. Die
155 Schiedsgerichte, wie zum Beispiel das ICSID (Gericht der Weltbank), sind in der
156 Tat so konzipiert, dass nur Staaten auf Klagen von Konzernen oder Dritten
157 reagieren müssen, ohne dass Staaten oder Dritte die Möglichkeit haben, Konzerne
158 vor diesen Gerichten zu verklagen. Das symbolisiert die Konzerndiktatur, die
159 sich gegen Staaten und Arbeiter*innen stellt. Insbesondere sind die in jeder
160 Verfahrensphase anfallenden Gerichtskosten erhebliche Beträge und zwingen die
161 Staaten dazu, auf die von diesen Schiedsgerichten vorgesehenen Rechtsmittel zu
162 verzichten. Dadurch gewinnen Konzerne eine große Mehrheit der Verfahren und
163 können Staaten zum Schweigen bringen.

164 **Mercosur: Profite für Konzerne, Risiken für** 165 **Mensch und Umwelt**

166 Im Zentrum der aktuellen Debatten steht auch das Freihandelsabkommen zwischen
167 der Europäischen Union und dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur),
168 bestehend aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Zusammen
169 mit den EFTA-Staaten bemüht sich auch die Schweiz um ein Freihandelsabkommen mit
170 den Mercosur-Staaten. Ein Abkommen unter Einbezug der Schweiz wurde im September
171 2025 unterzeichnet.

172 Das Abkommen, das seit Jahren verhandelt und diskutiert wird, wird von
173 zahlreichen Akteur*innen zu Recht heftig kritisiert. 450 Organisationen aus der
174 EU und dem Mercosur haben deswegen ein Grundsatzpapier verfasst und forderten
175 darin einen Stopp des Abkommens und eine grundsätzliche Überarbeitung der EU-
176 Handelspolitik.

177 Anfang dieses Jahres fanden in Brüssel und Paris, aber auch in Polen und Irland
178 Demonstrationen statt. Landwirt*innen standen an vorderster Front, da die
179 europäischen Umweltvorschriften sowie die Arbeitskosten in Europa sie gegenüber
180 der Konkurrenz durch grosse Betriebe in Südamerika in eine schwache Position
181 bringen. So würden diese Abkommen zu Dumpingproblemen in Europa führen und die
182 südamerikanischen Länder gleichzeitig dazu drängen, sich weiter auf den Export

183 von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen zu konzentrieren.
184 Das alles zum Vorteil der Reichsten, die alle „Einsparungen“, die das Abkommen
185 ermöglichen, auf Kosten des Staates und der Arbeiter*innen einstreichen würden.
186 Die Lebensqualität der breiten Bevölkerung, sei es in Europa oder in Südamerika,
187 würde dieses Abkommen wohl kaum verbessern, im Gegenteil. Eine Studie aus 2018
188 rechnet allein in Argentinien mit einem Verlust von 186'000 Arbeitsplätzen, die
189 Hälfte davon in der Textilindustrie, wo vor allem Frauen beschäftigt sind. Auch
190 die angebliche Wohlstandssteigerung wird wohl kaum eintreffen. In Uruguay könnte
191 sogar mit einem Verlust von 100 Millionen Euro gerechnet werden.[\[5\]](#)
192 Das Abkommen verstärkt neoliberale Strukturen, es treibt die
193 Deindustrialisierung und die Ausbeutung von Mensch und Natur im Mercosur weiter
194 voran. In den südamerikanischen Ländern werden indigene Bevölkerungsgruppen noch
195 mehr Land verlieren, um den Anforderungen der Agrarindustrie und des Bergbaus
196 gerecht zu werden.
197 Die Abhängigkeit von den EU- und EFTA-Staaten wird verschärft, was zur Verarmung
198 der Bevölkerung führt. Die Mercosur-Staaten werden nach den Zollsenkungen mit
199 Importgütern aus der EU überschwemmt, was die inländische Produktion weiter
200 schwächt und Arbeitsplätze zerstört. Auf der anderen Seite profitieren die
201 grossen Konzerne: Im Abkommen mit der EU wäre vor allem die Automobil- und
202 Textilindustrie.
203 Auch das 2026 abgeschlossene Freihandelsabkommen der Schweiz mit Indien war ein
204 Geschenk an Grosskonzerne, namentlich an die Pharmaindustrie. Diese produziert
205 in Indien die Basisstoffe für ihre Medikamente, da Umweltstandards und Löhne
206 tief sind. Die Wasserversorgung von ganzen Regionen wird durch die ungefilterten
207 Pharmaabfälle gefährdet. Das ist nur ein weiteres Beispiel für die
208 menschenverachtende Aussenpolitik der Schweiz.
209 Die JUSO Schweiz lehnt neoliberale Freihandelsabkommen, die nur dem Interesse
210 des Kapitals dienen und keine konsequenten Mechanismen zum Schutz von Mensch und
211 Natur beinhalten, entschieden ab.

212 **Überausbeutung des sogenannten Globalen Südens** 213 **stoppen!**

214 Die Ausbeutung des sogenannten Globalen Südens wird durch neokoloniale
215 Strukturen gnadenlos weitergeführt. Zwar wurde die Produktion in vielen
216 Branchen, wo die notwendige Technologie mittlerweile vergleichsweise günstig
217 ist, in viele dieser Länder ausgelagert, wie beispielsweise in der
218 Textilindustrie. Bei teureren Produkten jedoch sieht es anders aus: Die
219 Maschinen oder deren Technologien sind zu teuer, auch weil die dafür benötigte
220 Arbeitskraft teuer ist. So sind diese Länder gezwungen, vor allem in
221 Tieflohnsektoren zu produzieren. Neokoloniale Strukturen sorgen für eine
222 regelrechte Überausbeutung.[\[6\]](#)
223 Beim Rohstoffabbau wird das besonders deutlich: Beispielsweise Gold, Kobalt oder

224 Kaffee werden in Ländern des sogenannten Globalen Südens durch Arbeiter*innen
225 mit Niedriglöhnen und unsagbaren Arbeitsbedingungen abgebaut. Die Minen und
226 Plantagen gehören multinationalen Konzernen im sogenannten Globalen Norden
227 und/oder werden von Firmen aus dem sogenannten Globalen Norden vertrieben, wo
228 dann auch der gesamte Gewinn hinfließt. Gerade die Schweiz spielt beim
229 Rohstoffhandel eine zentrale Rolle: Schätzungsweise beträgt der Weltmarktanteil
230 von Schweizer Firmen bei Metallen 60 %, bei Getreide 50 %, bei Zucker und Erdöl
231 jeweils 40 % und 35 %.[\[7\]](#) Praktisch alle Rohstoffe ausser Gold kommen dabei nie
232 in die Schweiz.
233 Die Bürgerlichen propagieren auch in der Schweiz scheinheilig Freihandel, sofern
234 er ihnen nützt. Wenn es aber beispielsweise um geistige Eigentumsrechte geht,
235 sieht es wieder anders aus. Patente auf Medikamente verhindern die Produktion
236 von günstigen Generika und davon profitieren die grossen Pharmakonzerne wie
237 Novartis und Roche massgeblich. Sie können damit Fantasiepreise festlegen, womit
238 ihre Produkte im sogenannten Globalen Süden unerschwinglich werden.
239 Auch in der Landwirtschaft sind die Folgen dieser Politik verheerend: Die
240 Schweiz schützt grosse Agrarkonzerne, die tausende natürlich vorkommende
241 genetische Variationen von Saatgut patentieren liessen und damit die
242 Ernährungssicherheit weltweit gefährden. Darüber hinaus bergen
243 Freihandelsabkommen oft beträchtliche Schäden für die Umwelt. Effektive Klima-
244 und Umweltschutzstandards werden vergebens gesucht, da diese die Profite der
245 grossen Konzerne dezimieren würden.

246 **Trumpismus heisst Neoliberalismus**

247 Mit dem von der Trump-Regierung begonnenen Zollkrieg wurde von manchen
248 Beobachter*innen das Ende des Neoliberalismus und des globalen Freihandels
249 ausgerufen. Zwar verfolgt die Trump-Regierung eine stark protektionistische
250 Handelspolitik, doch mit einer tatsächlichen Abkehr vom neoliberalen
251 Wirtschaftsmodell hat dies wenig zu tun. Vielmehr dient diese Strategie dem
252 Versuch, die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten zu sichern.
253 Trump und führende Vertreter*innen der MAGA-Bewegung schüren gezielt das
254 Narrativ, die USA seien von anderen Ländern wirtschaftlich „ausgenutzt“ worden,
255 und führen dafür vor allem Handelsdefizite an. Dabei wird ausgeblendet, dass
256 viele US-Konzerne ihre Produktion selbst in Länder des sogenannten Globalen
257 Südens verlagert haben, um von niedrigeren Löhnen und schwächeren Regulierungen
258 zu profitieren. Gleichzeitig nutzten einige asiatische Staaten – insbesondere
259 China – die Integration in den Welthandel, um ihre eigene industrielle Basis
260 auszubauen und wirtschaftlich aufzuholen.
261 Trumps handelspolitische Agenda zielt daher vor allem darauf ab,
262 Produktionskapazitäten in die USA zurückzuholen und die geopolitische Konkurrenz
263 mit China zu verschärfen. Seine Politik verbindet neoliberale
264 Unternehmensinteressen mit nationalistischen und protektionistischen Massnahmen.

265 Eine grundlegende Veränderung der globalen Wirtschaftsordnung bedeutet dies
266 jedoch nicht. Vielmehr droht eine Verschärfung internationaler Handelskonflikte,
267 während die strukturellen Probleme der globalen Ungleichheit unangetastet
268 bleiben.

269 Trump bleibt dem Neoliberalismus treu, einfach mit einer Verschiebung des
270 Schwerpunkts auf die heimische statt auf die globale Sphäre. Steuersenkungen für
271 die Reichen und ihre Unternehmen, Reduktion der Staatsschulden und
272 Austeritätspolitik für die breite Bevölkerung, natürlich bei steigenden
273 Rüstungsausgaben, sind Programm. Er will den Staat zusammenkürzen und regelrecht
274 auseinandernehmen. Gleichzeitig fallen Umwelt- und Gesundheitsvorschriften weg
275 und der Finanzsektor wird weiter dereguliert. Mit seiner "Make America Great
276 Again"-Strategie stösst Trump alle anderen Länder vor den Kopf, auch europäische
277 Länder, die eigentlich zu den stärksten Verbündeten der imperialen USA gehören.
278 Die EU-Länder befinden sich seit der globalen Finanzkrise 2008 selbstverschuldet
279 auf dem absteigenden Ast. Um ihre Banken zu retten, mussten sie enorme
280 Schuldenberge anhäufen. Um diese zu bezwingen, wird die Bevölkerung mit
281 Austeritätsprogrammen drangsaliert, während die Militärausgaben auf der anderen
282 Seite aber immer stärker ansteigen. Das Wirtschaftswachstum in Europa ist
283 stagniert, die daraus resultierende Unzufriedenheit bietet Nährboden für die
284 extreme Rechte.

285 Die Antwort der Linken auf die derweil immer komplexer werdenden Krisen und
286 geopolitischen Machtspielen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung sind derweil
287 unterkomplex. Die sozialdemokratische Linke weigert sich, eine konsequente
288 Alternative zum Kapitalismus zu verfolgen. Um die gefährlichen Entwicklungen
289 aufhalten zu können, muss die Linke aufhören, sich auf die langsame Verbesserung
290 des Kapitalismus zu fokussieren. Ein System, das niemals auch nur annähernd den
291 Interessen der globalen Bevölkerung dienen kann, gilt es nicht länger zu
292 stützen.

293 **Freihandel oder kein Handel?**

294 Der internationale Handel darf nicht als Übel an sich betrachtet werden. Auch
295 die Gegenüberstellung von Protektionismus und Freihandel ist nicht geeignet. Der
296 Protektionismus bevorzugt das nationale Kapital, währenddem der Freihandel dem
297 internationalen Kapital zugutekommt. In beiden Fällen sind die Verlierer*innen
298 die gleichen: die Arbeiter*innen.

299 Um einen hohen Lebensstandard auf der ganzen Welt zu erreichen, den Zugang zu
300 lebenswichtigen Technologien (medizinische Geräte, Medikamente usw.) zu sichern
301 oder das Leben und die Arbeit zu vereinfachen, ist ein internationales
302 Handelssystem grundsätzlich notwendig.

303 Natürlich bedeutet der internationale Austausch eines Teils der Güter nicht,
304 dass Sektoren nicht vollständig lokal sein dürfen. Zudem müssen bestimmte
305 Sektoren vor dem internationalen Handel und ausländischen Investitionen

306 geschützt werden, wie beispielsweise der öffentliche Dienst (Energie, Verkehr,
307 Wasser usw.). Es geht darum, Sektoren zu bestimmen, für die der Handel
308 strategisch und lebenswichtig bleibt, und eine internationale Arbeitsteilung zu
309 gewährleisten, die alle Arbeiter*innen respektiert, unabhängig von ihrer
310 Herkunft.

311 **Die JUSO fordert deshalb kurzfristig:**

- 312 • **Keine Handelsabkommen mit Staaten, die gegen die Menschenrechte und/oder**
313 **Völkerrecht verstossen:** Die Schweiz muss alle Vertragsverhandlungen mit
314 Staaten einstellen und Verträge mit Staaten beenden, welche diese Rechte
315 missachten. In diesem Sinne müssen in Staaten, die möglicherweise gegen
316 die Menschenrechte und/oder das Völkerrecht verstossen, vorab objektive
317 Studien durchgeführt werden.

- 318 • **Unternehmen die Menschenrechte verletzen zur Verantwortung ziehen:**
319 Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, die in anderen Ländern der Welt
320 Menschenrechte verletzen, müssen zur Verantwortung gezogen und
321 sanktioniert werden, wie es die Initiative für verantwortungsvolle
322 multinationale Unternehmen forderte, aber auch ihre neue Fassung, über die
323 demnächst in einer Volksabstimmung entschieden wird.

- 324 • **Hindernisse gegen internationalen Dumping-Wettbewerb:** Die Schweiz muss
325 tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse einführen, um zu verhindern,
326 dass Unternehmen vom Freihandel profitieren, indem sie Gewinne auf Kosten
327 der Arbeiter*innen oder der Umwelt erzielen. Diese Abgaben müssen
328 berücksichtigen, wie viel ein Unternehmen eingespart hat, weil es im
329 Ausland unter schlechteren Arbeitsbedingungen als in der Schweiz
330 vorgeschrieben produziert. Ebenso müssen die ökologischen Kosten
331 berücksichtigt werden. Falls solche Massnahmen zu höheren Preisen führen,
332 muss sichergestellt werden, dass der Lebensstandard der Bevölkerung nicht
333 sinkt.

- 334 • **Transparenz bei den Verhandlungen und Demokratisierung der**
335 **Entscheidungsfindung:** Es ist nicht hinnehmbar, dass Verhandlungen über die
336 Handelspolitik der Schweiz im Ausland geführt werden, ohne dass die
337 Bevölkerung umfassend darüber informiert wird. Fragen zu internationalen
338 Abkommen müssen demokratisiert werden – und zwar nicht erst im Moment der
339 endgültigen Entscheidung im Rahmen eines Referendums. Die Verhandlungen
340 müssen transparent sein, und die Behörden müssen ihre Positionen und
341 Entscheidungsvorschläge begründen. Auch Fragen zu Einfuhrbedingungen, zur
342 Festlegung ökologischer Standards und zu deren Einhaltung in
343

344 Freihandelsabkommen müssen die Meinung der Bevölkerung berücksichtigen und
dem Referendum unterstellt werden.

345 • **Massnahmen gegen Standortverlagerungen und Vorkaufsrecht der**
346 **Arbeiter*innen:** Immer wieder verlagern Schweizer Unternehmen ihre
347 Produktion ins Ausland, um dort günstiger zu produzieren. Dabei nutzen sie
348 häufig schwächere Schutzbestimmungen für Arbeiter*innen und Umwelt aus. Um
349 solchen Praktiken entgegenzuwirken, braucht es eine Reihe von Massnahmen.
350 Eine Wegzugssteuer für Kapital und Unternehmen kann verhindern, dass
351 Kapital und Unternehmen aus der Schweiz abgezogen werden.
352 Denn nicht nur Unternehmen, sondern auch Schweizer Kapital beteiligen sich
353 an der internationalen Ausbeutung von Arbeiter*innen. Kapital, das ins
354 Ausland abfließt, wird in der Regel nicht zum Wohl der Bevölkerung des
355 sogenannten Globalen Südens investiert und verbessert deren
356 Lebensbedingungen nicht – im Gegenteil.
357 Sollte es einem Unternehmen dennoch gelingen, seine Produktion zu
358 verlagern, sollen die ehemaligen Arbeitnehmenden in der Schweiz ein
359 Vorkaufsrecht auf die Produktionsstätte in der Schweiz erhalten. Der Staat
360 soll dafür Kredite zu einem Vorzugszinssatz bereitstellen.

361 • **Abschaffung des Patentsystems:** Ein egalitäres Wirtschaftssystem ist nicht
362 vereinbar mit einem Patentsystem, das grossen, von westlichem Kapital
363 dominierten Unternehmen ermöglicht, Profite auf Kosten der Bevölkerung des
364 sogenannten Globalen Südens zu erzielen.
365 Patente können dazu führen, dass wichtige Produkte, wie zum Beispiel
366 Medikamente, Saatgut oder neue Technologien, für viele Menschen
367 unzugänglich bleiben. Gleichzeitig schaffen sie wirtschaftliche
368 Abhängigkeiten.
369 Unternehmen im sogenannten Globalen Süden – und idealerweise auch die
370 Staaten selbst – müssen deshalb in der Lage sein, die Güter zu
371 produzieren, die für die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Bevölkerung
372 notwendig sind. Diese Produktion darf nicht von Konzernen aus den
373 wirtschaftlichen Zentren kontrolliert werden.

374 • **Öffentliche Dienstleistungen als Gemeingüter:** Die Schweiz muss jeden
375 Vertrag ablehnen, der die Handlungsmöglichkeiten des Staates einschränkt,
376 etwa durch Privatisierungen. Nur ein flächendeckender und starker
377 öffentlicher Dienst kann die Interessen der gesamten Bevölkerung
378 verteidigen. Deshalb muss sich die offizielle Schweiz auch gegen die
379 Praktiken des IWF und der Weltbank stellen. Diese Institutionen zwingen
380 Ländern des sogenannten Globalen Südens im Gegenzug für Kredite häufig
381 Freihandel und Privatisierungen auf.

382 **Über Protektionismus und Freihandel hinaus: für**
383 **eine Vergesellschaftung der Wirtschaft!**

384 Angesichts der heutigen Probleme und der aktuellen materiellen Bedingungen will
385 die JUSO Schweiz die Gegenüberstellung von Protektionismus und Freihandel
386 überwinden. Das Ziel ist weder die Abschaffung des internationalen Handels noch
387 eine vollständige Internationalisierung des Marktes. Ziel ist ein demokratisches
388 Wirtschaftssystem, in dem die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und sich
389 im kollektiven Besitz befinden.

390 **Die JUSO fordert deshalb langfristig:**

- 391 • **Beendigung der (neo-)kolonialen Strukturen:** Kein Handelssystem kann
392 gerecht sein, solange die internationale Wirtschaft auf (neo-)kolonialen
393 Strukturen beruht. Diese Strukturen ermöglichen weiterhin die Ausbeutung
394 der Peripherie durch die wirtschaftlichen Zentren. Solange eine ungleiche
395 internationale Arbeitsteilung besteht und die Kapitalist*innen des
396 sogenannten Globalen Nordens den Grossteil des Kapitals kontrollieren,
397 bleibt die Situation inakzeptabel – selbst dann, wenn strengere Umwelt-
398 und Sozialstandards gelten. Deshalb braucht es tiefgreifende
399 Veränderungen: den Schuldenerlass für Länder des sogenannten Globalen
400 Südens, finanzielle "Wiedergutmachung"[8] für koloniale Ausbeutung und
401 Verbrechen wie die Sklaverei sowie die Enteignung von Vermögenswerten von
402 Unternehmen des sogenannten Globalen Nordens im sogenannten Globalen
403 Süden.

- 404 • **Ernährungssouveränität: Vergesellschaftung des Bodens:** Die Bevölkerung
405 muss überall ihre Landwirtschaftspolitik selbst bestimmen können. Ziel ist
406 eine lokale und umweltfreundliche Landwirtschaft mit kurzen
407 Vertriebswegen. Boden darf nicht länger ein Objekt der Spekulation sein,
408 das vor allem Investor*innen bereichert. Stattdessen soll er als
409 gemeinschaftliches Gut organisiert werden. Der Import von Lebensmitteln
410 über sehr grosse Distanzen verursacht erhebliche ökologische Schäden, ist
411 langfristig nicht tragbar und muss deshalb abgeschafft werden.

- 412 • **Das Ende des zerstörerischen Wettbewerbs – die Garantie des Zugangs zum**
413 **lokalen Markt für lokale Produzent*innen:** Exporte, welche die lokale
414 Produktion in wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern verdrängen oder
415 unter Druck setzen, müssen beendet werden. Solche Exporte behindern die
416 lokale eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und stehen einer
417 solidarischen internationalen Zusammenarbeit entgegen. Deshalb müssen
418 Produktionsstätten möglichst nahe an den Orten entstehen, an denen die

[oads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrmann.pdf](https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Kooperation/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrmann.pdf)

450 [3]:

451 https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Kooperation/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrmann.pdf

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

465

466

467

468

469

-
[s chaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandels](#)
-
[abkommen.html](#)

470 [4]:
471 https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_
472 -
473 [-Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen/nutzung_freihandelsab](#)
-
[k-ommen/fha-monitor.html](#)

474 [4]:
475 https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_
476 -
477 [Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen/nutzung_freihandelsabk](#)
-
[ommen/fha-monitor.html](#)

478 [5]: <https://jacobin.de/artikel/eu-mercosur-abkommen-emily-oreilly-werner->
479 [kogler-kritik-eu-ratspraesidentschaft-freihandel](#)

480 [6]:
481 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr
482 -
483 [de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_upl](#)
484 -
485 [oads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publ](#)
486 -
487 [ikationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr](#)
488 -
489 [de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_upl](#)
490 -
491 [oads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publ](#)
492 -
493 [ikationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr](#)
494 -
495 [de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_upl](#)
496 -
497 [oads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publ](#)
498 -
499 [ikationen/TTIP_UHerrde/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/TTIP_UHerr](#)
-

